

**Beschlussentwurf**

Der Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel nimmt die Anfragen und Anträge zum Haushaltsplanentwurf 2017 / 2018 und die Antworten bzw. Stellungnahmen der Verwaltung hierzu zur Kenntnis.

Der Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss keine / folgende Änderungen:

**Sachverhalt**

Dem Bürgermeister liegen seitens der Fraktionen Anfragen und Anträge zum Haushaltsentwurf 2017 / 2018 vor. Die den Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel betreffenden Anfragen und Anträge sowie die Antworten bzw. Stellungnahmen der Verwaltung hierzu sind nachstehend dargestellt:

Fraktion	Nr.	Anfrage oder Antrag	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlussentwürfe der Verwaltung
UWG	2	Anfrage	Vorbericht, Kto. 529100 sonst. Sach- u. Dienstleistungen	25	<p>Was fällt alles in diesen Bereich und wie ist die Steigerung zu erklären? Ansatz 16 ca. 950.000€, 17 ca. 1,220 Mio.€, 18 ca. 1,066 Mio.€</p> <p><b><u>Antwort der Verwaltung:</u></b></p> <p>Die Steigerung betrifft hauptsächlich die Produktgruppe 1.05.02 (Soziale Einrichtungen) im Zusammenhang mit der zum Zeitpunkt des Haushaltsentwurfes 2017/2018 erwarteten Entwicklung der Flüchtlingszahlen. Es handelt sich um Planwerte für die Flüchtlingsbetreuung (in 2017 Malteser 443.000€ in 2017, 387.000€ in 2018) und den Sicherheitsdienst in Flüchtlingsunterkünften (707.000€ in 2017, 617.000€ in 2018); Die kostenintensiven Flüchtlingsunterkünfte Wallrafstraße (TH Bornheim) und Am Ühlchen (Erntehelferunterkünfte) konnten zwischenzeitlich aufgegeben werden.</p>
UWG	8	Anfrage	1.03.07 Sonst. schulische Aufgaben	167	<p>Für 2017 und 2018 sind zum 1. Mal Transferaufwendungen von ca. 130.000 € eingestellt. Wofür?</p> <p><b><u>Antwort der Verwaltung:</u></b></p> <p>Die Transferaufwendungen werden nicht zum 1. Mal veranschlagt. Es handelt sich um Aufwendungen für die Schulsozialarbeit, die von der Bezirksregierung mit 60% (77.904€, Zeile 2 des Teilergebnisplanes zur Produktgruppe 1.03.07 des Haushaltsentwurfes 2017/2018) bezuschusst werden. Im Doppelhaushalt 2015/2016 wurden entsprechende Erträge und Aufwendungen bei der Produktgruppe 1.06.03 Erzieherische Hilfen veranschlagt.</p>

UWG	9	Anfrage	1.05.02 Soziale Einrich- tungen	198	<p>In den Erläuterungen zu Zeile 13 wird für sonstige Sach- u. Dienstleistungen eine Summe von 1.150 Mio. € für 2017 und in 2018 von 1.004 Mio. € ausgewiesen. Ist es möglich, diesen Betrag noch etwas aufzuschlüsseln?</p> <p><b><u>Antwort der Verwaltung:</u></b></p> <p>Es handelt sich um geplante Aufwendungen für die Flüchtlingsbetreuung, und zwar:  in 2017: durch den Malteser Hilfsdienst 443.000€ und Sicherheitsdienste in Flüchtlingsunterkünften 707.000€;  in 2018: Malteser 387.000€ und Sicherheitsdienste 617.000€</p>
UWG	10	Antrag	1.08.02 Bäder	239	<p>Unter Einbeziehung der geschätzten Angaben des SBB, der Afa u. der internen Leistungsbeziehung ergibt sich für das HFB in den Jahren 2017 u. 2018 ein Verlust von rd. 875.000 €. Wir beantragen daher eine Kostenermittlung für den Transport und die Kosten für den Schwimmunterricht in einem benachbarten Schwimmbad.</p> <p><b><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></b></p> <p>Alle 12 städtischen Schulen nehmen mit insgesamt 774 Schülerinnen und Schülern am Schulschwimmen teil. Kosten 2015: rund 200.000 Euro.  Der Transport erfolgt durch Sonderfahrten, die von der Fa. Tücks im Rahmen des Vertrages für den Schüler-spezialverkehr pauschal abgerechnet werden. Für das AvH-Gymnasium, die Europaschule und die Grundschule Bornheim ist ein Bustransfer wegen der Nähe zum Schwimmbad nicht erforderlich. Im Zusammenhang mit der Anfrage der UWG-Fraktion wurden die Schwimmbäder der Nachbarkommunen aus Brühl, Wesseling und Bonn nach freien Schwimmkapazitäten abgefragt. Alle infrage kommenden Bäder können keine ausreichenden Kapazitäten für das Schulschwimmen Bornheimer Schüler zur Verfügung stellen.</p> <p><b><u>Beschlussentwurf Ausschuss:</u></b></p> <p>Der Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung.</p>

UWG	16	Anfrage	1.05.02 Soziale Einrich- tungen	198	<p>Die Transferaufwendungen sind lt. Haushaltsplanentwurf 2017/2018 von 2,163 Mio. € in 2016 auf 5,616 Mio. € in 2017 und auf 5,055 Mio. € in 2018 gestiegen. Laut Erläuterung ergibt sich für 2017 jedoch ein Ansatz für 2017 von 6,178 Mio. € und für 2018 von 5,392 Mio. €. Demnach wäre der Ansatz im Haushalt in 2017 um ca. 500.000 € zu gering und in 2018 um ca. 340.000 €. Falls die Zahlen stimmen, wäre das Defizit um knapp 1 Mio. € größer. Können Sie bitte überprüfen, welche Zahlen richtig sind?</p> <p><b><u>Antwort der Verwaltung:</u></b></p> <p>Durch eine sehr kurzfristige Änderung der vorgesehenen Flüchtlingsaufnahmen (wenige Tage vor Druck des Haushaltsplanes) wurde der Planansatz reduziert, ohne dass die Erläuterungen angepasst werden konnten. Dies wird in der endgültigen Fassung des Haushaltes 2017/2018 redaktionell nachgeholt. Die Erläuterungen sollen wie folgt lauten:</p> <table border="1" data-bbox="703 913 1445 1182"> <thead> <tr> <th>Asylleistungen (EUR)</th> <th>2017</th> <th>2018</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Leistungen §4 AsylbLG-Krankheit</td> <td>1.516.000</td> <td>1.364.000</td> </tr> <tr> <td>Leistungen §2 AsylbLG-Besondere Fälle</td> <td>661.000</td> <td>595.000</td> </tr> <tr> <td>Leistungen §3 AsylbLG-Grundleistungen</td> <td>3.381.000</td> <td>3.043.000</td> </tr> <tr> <td>Leistungen §6 AsylbLG-Sonstige Leist.</td> <td>34.000</td> <td>31.000</td> </tr> <tr> <td>Leistungen Bildung Teilhabe AsylbLG</td> <td>24.000</td> <td>22.000</td> </tr> <tr> <td><b>SUMMEN</b></td> <td><b>5.616.000</b></td> <td><b>5.055.000</b></td> </tr> </tbody> </table>	Asylleistungen (EUR)	2017	2018	Leistungen §4 AsylbLG-Krankheit	1.516.000	1.364.000	Leistungen §2 AsylbLG-Besondere Fälle	661.000	595.000	Leistungen §3 AsylbLG-Grundleistungen	3.381.000	3.043.000	Leistungen §6 AsylbLG-Sonstige Leist.	34.000	31.000	Leistungen Bildung Teilhabe AsylbLG	24.000	22.000	<b>SUMMEN</b>	<b>5.616.000</b>	<b>5.055.000</b>
Asylleistungen (EUR)	2017	2018																								
Leistungen §4 AsylbLG-Krankheit	1.516.000	1.364.000																								
Leistungen §2 AsylbLG-Besondere Fälle	661.000	595.000																								
Leistungen §3 AsylbLG-Grundleistungen	3.381.000	3.043.000																								
Leistungen §6 AsylbLG-Sonstige Leist.	34.000	31.000																								
Leistungen Bildung Teilhabe AsylbLG	24.000	22.000																								
<b>SUMMEN</b>	<b>5.616.000</b>	<b>5.055.000</b>																								
UWG	19	<b>Antrag</b>	neues Produkt bzw. neue Produkt- gruppe		<p>Wir wiederholen hiermit noch einmal unseren Antrag den Bereich "Flüchtlinge" in den Folgejahren in einem gesonderten Produkt bzw. einer neuen zusätzlichen Produktgruppe auszuweisen.</p> <p><b><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></b> Die Einrichtung einer gesonderten Produktgruppe wird von der Verwaltung befürwortet.</p> <p><b><u>Beschlussentwurf Ausschuss:</u></b></p> <p>Der Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel beauftragt die Verwaltung, zur Darstellung der Erträge und Aufwendungen für die Flüchtlingsbetreuung eine gesonderte Produktgruppe 1.05.03 "Asylleistungen" einzurichten.</p>																					

FDP	4a	Anfrage	1.01.12 TUI	66	<p>Wie kommen Kostensteigerungen pro Schüler von 2015 auf 2016 zustande?</p> <p><b><u>Antwort der Verwaltung:</u></b></p> <p>Bei der Berechnung der Kennzahlen haben sich die Basisdaten kurzfristig geändert; Die Zuordnungen der entsprechenden TUI-Aufwendungen wurden überprüft und für alle Zeiträume von 2015 bis 2021 korrigiert.</p>
FDP	4b	Anfrage	1.01.12 TUI	66	<p>Wie kommen die Unterschiede der Kosten pro Schüler von Gymnasium und Gesamtschule zustande?</p> <p><b><u>Antwort der Verwaltung:</u></b></p> <p>Bei der Berechnung der Kennzahlen haben sich die Basisdaten kurzfristig geändert; Die Zuordnungen der entsprechenden TUI-Aufwendungen wurden überprüft und für alle Zeiträume von 2015 bis 2021 korrigiert.</p>
FDP	15 a	<b>Antrag</b>	1.01.17 Inklusion und De- mographie	104	<p>Aufwendungen für die Weiterentwicklung des Aktionsplanes "Inklusion in Bornheim" 20.000 € streichen</p> <p><b><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></b></p> <p>Die Mittel dienen einerseits der Finanzierung der für den Bildungsbereich jährlich stattfindenden Zukunftswerkstatt. Darüber hinaus wurde auf Beschluss des Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel in 2014 der Bornheimer Aktionsplan inklusive Bildung erstellt, der auf der Basis einer Evaluation fortgeschrieben werden soll. In diesem Zusammenhang ist auf der Grundlage des im Sommer 2016 in Kraft getretenen ersten Gesetzes zur Stärkung der Sozialen Inklusion in NRW eine über den Bildungsbereich hinausgehende Weiterentwicklung des Aktionsplanes geplant.</p> <p><b><u>Beschlussentwurf Ausschuss:</u></b></p> <p>Der Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.</p>

FDP	15 b	<b>Antrag</b>	1.01.17 Inklusion und De- mographie	104	<p>Externe Begleitung der 2. und 3. Phase des demographischen Entwicklungskonzeptes 2017: 80.000 €, 2018: 50.000 €, streichen</p> <p><b><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></b></p> <p>Auf Beschluss des Rates wurde in 2016 die Erstellung eines demographischen Entwicklungskonzeptes beauftragt. Die in diesem Zusammenhang bisher ermittelten Daten zeigen, dass auch Bornheim von demographischen Veränderungen betroffen sein wird. Die Analyse und Steuerung dieses Veränderungsprozesses wird eine wesentliche Zukunftsaufgabe darstellen, die interdisziplinär gestaltet und extern begleitet werden soll. Die eingeplanten Mittel dienen der Finanzierung der externen Prozessbegleitung und -moderation sowie der Umsetzung erster Handlungsempfehlungen.</p> <p><b><u>Beschlussentwurf Ausschuss:</u></b></p> <p>Der Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.</p>
FDP	16	<b>Antrag</b>	1.01.17 Inklusion und De- mographie	105	<p>Investitionsmaßnahme Umsetzung demographisches Entwicklungskonzept streichen</p> <p><b><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></b></p> <p>Auf Beschluss des Rates wurde in 2016 die Erstellung eines demographischen Entwicklungskonzeptes beauftragt. Die in diesem Zusammenhang bisher ermittelten Daten zeigen, dass auch Bornheim von demographischen Veränderungen betroffen sein wird. Die Analyse und Steuerung dieses Veränderungsprozesses wird eine wesentliche Zukunftsaufgabe darstellen, die interdisziplinär gestaltet und extern begleitet werden soll. Die eingeplanten Mittel dienen der Finanzierung der externen Prozessbegleitung und -moderation sowie der Umsetzung erster Handlungsempfehlungen.</p> <p><b><u>Beschlussentwurf Ausschuss:</u></b></p> <p>Der Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.</p>

FDP	19	Anfrage	1.03.01 Grund- schulen	146	<p>Können die Telefonkosten für Grundschulen gesenkt werden? Welche Telefonverträge wurden für die Verwaltungs- und Schulgebäude der Stadt Bornheim generell geschlossen und wann wurde zuletzt ausgeschrieben?</p> <p><b><u>Antwort der Verwaltung:</u></b></p> <p>Für Telefon- und Internetanschlüsse im Festnetz für Verwaltungsgebäude, Schulgebäude, Kindertagesstätten etc. existieren Einzelverträge, die zum Teil in Sammelkundennummern zusammengefasst sind. In der Regel ist die Fa. Netcologne GmbH, Köln, Vertragspartner. Aktuell steht die Verwaltung mit der Fa. Netcologne GmbH in Verhandlungen, um für die pädagogischen Netze der Schulen eine kostenlose Anbindung an das Glasfasernetz zu erreichen. Gleichzeitig steht die Verwaltung mit der Fa. Netcologne GmbH in Verhandlungen, um für die Verwaltungsnetze der Schulen, die Kindertagesstätten und die Verwaltungsgebäude eine Optimierung der Tarifstruktur zu erreichen. Die Tarifstruktur wird regelmäßig überprüft und optimiert. Zuletzt konnte 2014 eine deutliche Reduzierung der Telefonkosten für Verwaltungsgebäude, Schulen und Kindertagesstätten erreicht werden. Die Leistungen sind bisher nicht ausgeschrieben worden.</p>
FDP	20	Anfrage	1.03.03 Gymna- sien	156	<p>Sind die angesetzten Summen für 2017 und 2018 aus den Erfahrungen der letzten Jahre nicht zu niedrig angesetzt? Wäre es sinnvoller, einen Mittelwert der letzten Jahre anzusetzen?</p> <p><b><u>Antwort der Verwaltung:</u></b></p> <p>Die Ermittlung der Haushaltsansätze erfolgte auf der Grundlage einer von den Schulen vorgelegten Bedarfsliste. In diesem Zusammenhang wurden mit allen Schulen Gespräche geführt. Hierbei wurden die beantragten und notwendigen Maßnahmen priorisiert und in Abstimmung mit den Schulen bedarfsgerecht und zweckgemäß nach Dringlichkeit in den Haushalt eingestellt.</p>
FDP	21	Anfrage	1.03.04 Gesamt- schulen	160	<p>Sind die angesetzten Summen für 2017 und 2018 aus den Erfahrungen der letzten Jahre nicht zu niedrig angesetzt? Wäre es sinnvoller, einen Mittelwert der letzten Jahre anzusetzen?</p> <p><b><u>Antwort der Verwaltung:</u></b></p> <p>Die Ermittlung der Haushaltsansätze erfolgte auf der Grundlage einer von den Schulen vorgelegten Bedarfsliste. In diesem Zusammenhang wurden mit allen Schulen Gespräche geführt. Hierbei wurden die beantragten und notwendigen Maßnahmen priorisiert und in Abstimmung mit den Schulen bedarfsgerecht und zweckgemäß nach Dringlichkeit in den Haushalt eingestellt.</p>

CDU	29	<b>Antrag</b>	1.01.17 Inklusion und De- mographie	104	<p>Die Verwaltung wird beauftragt, die Mittel für das Projekt 'Demographischer Wandel' vorerst zu streichen und anstelle dessen die Mittel für Seniorenbeirat und Jugendparlament jeweils zu verdoppeln. Die zuständige Demographiebeauftragte soll zukünftig bei allen Entwicklungen in der Stadt Bornheim Stellungnahmen in Bezug auf den demographischen Wandel für die entsprechenden Ausschüsse abgeben (Stea, ASS, JHA).</p> <p><b><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></b></p> <p>Auf Beschluss des Rates wurde in 2016 die Erstellung eines demographischen Entwicklungskonzeptes beauftragt. Die in diesem Zusammenhang bisher ermittelten Daten zeigen, dass auch Bornheim von demographischen Veränderungen betroffen sein wird. Die Analyse und Steuerung dieses Veränderungsprozesses wird eine wesentliche Zukunftsaufgabe darstellen, die interdisziplinär gestaltet und extern begleitet werden soll. Die eingeplanten Mittel dienen der Finanzierung der externen Prozessbegleitung und -moderation sowie der Umsetzung erster Handlungsempfehlungen. Im Übrigen verfügen die genannten Beiräte über eine ausreichende Finanzierung für die Umsetzung der von ihnen beabsichtigten Projekte.</p> <p><b><u>Beschlussentwurf Ausschuss:</u></b></p> <p>Der Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.</p>
CDU	30	<b>Antrag</b>	1.03.07 Sonst. schulische Aufgaben	167	<p>Die Verwaltung wird beauftragt, für die Jahre 2018 ff. Haushaltsmittel für die Weiterführung der Schulsozialarbeit einzuplanen.</p> <p><b><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></b></p> <p>Die Mittel für die Schulsozialarbeit sind von 2017 bis 2021 eingeplant; die Aufwendungen werden voraussichtlich von der Bezirksregierung mit 60% (77.904€, Zeile 2 des Teilergebnisplanes zur Produktgruppe 1.03.07 des Haushaltsentwurfes 2017/2018) bezuschusst. Die Verwendung der Mittel ist förderungsabhängig.</p> <p><b><u>Beschlussentwurf Ausschuss:</u></b></p> <p>Der Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung.</p>

CDU	33	<b>Antrag</b>	Stellenplan	Anlage A	<p>Die Verwaltung wird beauftragt, den Stellenzuwachs im Bereich Schulträgeraufgaben zu erläutern.</p> <p><b><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></b></p> <p>Die Verwaltung nimmt dazu wie folgt Stellung: Durch die Zusammenlegung des Amtes 5 mit der Schulverwaltung und den damit verbundenen Mehraufgaben des Amtsleiters wurde zur Unterstützung eine Stelle für die Abteilungsleitung bei Amt 5.2 vorgesehen. Hiermit wird die Leitungsspanne der unmittelbar Vorgesetzten an die Organisation angepasst.</p> <p>Die Produktzuordnung der Amtsleiterstelle basiert noch auf der Zuordnung aus dem Vorjahr und ist somit im vorliegenden Stellenplan noch zu 100 % bei den Schulträgeraufgaben. Eine Verteilung zu 50 % auf die Schulträgeraufgaben und 50 % zu den Sozialen Hilfen ist vorgesehen.</p> <p>Weiterhin wurde eine Stelle eines Hausmeisters nachbesetzt und in den Hausmeister-Pool aufgenommen, welche für das Rathaus und das AvH-Gymnasium zuständig sind. Somit wurde ein Stellenanteil von 0,5 auf die Schulverwaltung übertragen (vorher nur Produktbereich 1.01 Innere Verwaltung).</p> <p>Eine weitere Produktverschiebung wurde bei der Stellen-Nr. 950 (Schulsekretärin) vorgenommen. Diese Stelle mit ihrem Stellenanteil von 0,49 fälschlicherweise dem Produktbereich 1.06 (Kinder, Jugend, Familie) zugeordnet. Dies wurde im Stellenplan korrigiert (Zuordnung Produktbereich 1.03 Schulträgeraufgaben).</p> <p><b><u>Beschlussentwurf Ausschuss:</u></b></p> <p>Der Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung.</p>
-----	----	---------------	-------------	----------	---

CDU	34	<b>Antrag</b>	Stellenplan	Anlage A	<p>Die Verwaltung wird beauftragt, den Stellenzuwachs im Bereich Soziale Hilfen zu erläutern, dies auch im Hinblick auf die geänderten Flüchtlingszahlen. Ein wesentlicher Aspekt ist die Frage, wie und mit welchem Aufwand betreuen wir anerkannte Flüchtlinge.</p> <p><b><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></b></p> <p>Die Verwaltung hat im Rahmen der Stellenplanberatung eine Ergänzungsvorlage zum Stellenplan gefertigt. Auf die 2.Ergänzung zu Vorlage 543/2016-11 wird verwiesen.</p> <p><b><u>Beschlussentwurf Ausschuss:</u></b></p> <p>Der Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung.</p>
SPD	3	Anfrage	1.03. Schulträgeraufgaben	140	<p>Unter welcher Position werden die Einnahmen aus dem Investitionsprogramm "Gute Schule 2020" berücksichtigt?</p> <p><b><u>Antwort der Verwaltung:</u></b></p> <p>Die Verwaltung hat nach Vorliegen des Entwurfes des Erlasses des MIK NRW zum Gesetz über die Leistung von Schuldendiensthilfen für Kredite im Rahmen des Programms "Gute Schule 2020" einen jährlichen Ertrag aus Transferleistungen von rd. 785 T € für die Jahre 2017 bis 2020 in den Veränderungsprozess bei der Produktgruppe 1.16.01 Allgemeine Finanzwirtschaft aufgenommen.</p>